



**HSGB**  
HESSISCHER STÄDTE-  
UND GEMEINDEBUND

Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mühlheim/Main

Hessischen Landtag  
Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses  
Frau Kerstin Geis  
Schlossplatz 1 - 3  
65183 Wiesbaden  
d.erdmann@ltg.hessen.de

Referent Herr Dr. Rauber  
Abteilung 1.2  
Unser Zeichen 1-Dr.R/Schr

Telefon 06108 6001-20  
Telefax 06108 6001-57  
E-Mail hsgb@hsgb.de

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom

Datum 31.10.2022

## **Anhörung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betr. Gemeindefinanzbericht 2022 – Drucks. 22/9298**

Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren Ausschussvorsitzende,

für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir sehr herzlich.

In der Anhörung wird der HSGB durch Geschäftsführer Dr. David Rauber vertreten. Wir sind des Weiteren mit der Weitergabe der Stellungnahme und des stenografischen Berichts der öffentlichen Anhörung an die interessierte Öffentlichkeit sowie mit der Veröffentlichung dieser Dokumente auf der Website einverstanden.

Zum Bericht selbst ist Folgendes auszuführen:

### **Betrachtung der Kernhaushalte**

Ausweislich der Vorbemerkung beschränkt sich der Bericht auf eine Betrachtung der Kernhaushalte. Dies ist in der Sache nachvollziehbar und gut vertretbar.

Andererseits darf aber mit Blick auf die Besonderheiten der kommunalen Aufgabenerfüllung der Hinweis hier nicht fehlen, dass die Städte, Gemeinden und Landkreise ihre öffentlichen Aufgaben in erheblichem Umfang in ausgelagerten Einheiten wahrnehmen. Insofern regen wir an, insbesondere unter Punkt 2.2 betr. die Ausgaben

Hessischer Städte- und  
Gemeindebund e.V.  
Henri-Dunant-Str. 13  
D-63165 Mühlheim am Main  
Telefon 06108 6001-0  
Telefax 06108 6001-57

**BANKVERBINDUNG**  
Sparkasse Langen-Seligenstadt  
IBAN DE66 5065 2124 0008 0500 31  
BIC: HELADEF1SLS  
Steuernummer: 035 224 14038

**PRÄSIDENT**  
Matthias Baaß  
**ERSTER VIZEPRÄSIDENT**  
Markus Röder  
**VIZEPRÄSIDENT**  
Dr. Thomas Stöhr

**GESCHÄFTSFÜHRER**  
Harald Semler  
Johannes Heger  
Dr. David Rauber



des Berichts in künftigen Berichten zumindest eine nachrichtliche Darstellung der Verhältnisse einschließlich ausgelagerter Einheiten aufzunehmen, da deren Verhältnisse die finanzielle Situation der Gemeinden und Gemeindeverbände durchaus beeinflussen können (s. dazu des Näheren unter „bereinigte Ausgaben“).

### **Entwicklung der bereinigten Einnahmen**

Insoweit stellt der Bericht dar, dass der durchschnittliche jährliche Zuwachs der bereinigten Einnahmen sich bei den Kommunen auf rund 5,2 % beim Land auf 5,5 % belaufe. Dies liegt auf den ersten Blick zunächst eine größenordnungsmäßig ähnliche Entwicklung nah, jedoch ist wegen der unterschiedlichen Ausgangsgrößen von rund 22 Mrd. Euro (Einnahmen des Landes 2013) einerseits und rund 16,9 Mrd. Euro (Einnahmen der Kommunen 2013) andererseits doch festzuhalten, dass in absoluten Zahlen sich ein Zuwachs auf der Landesseite von 14,7 Mrd. Euro, auf der kommunalen Seite von 8,5 Mrd. Euro ergibt. Hieraus resultiert ein gravierender Unterschied zwischen Land und Kommunen mit Blick auf Handlungsmöglichkeiten im personellen und investiven Bereich.

### **Bereinigte Ausgaben**

Hier ist mit Blick auf die Investitionsquote der zutreffende Hinweis erfolgt, dass ein Teil der öffentlichen Investitionen auch in den Extrahaushalten erfolgt und insoweit kein vollständiges Bild der kommunalen Investitionstätigkeit geliefert wird.

Dies gilt, in teilweise geringerem Ausmaß, auch für andere Ausgabenarten wie Personalausgaben, so dass nach hiesiger Einschätzung in diesem Bereich auch eine Betrachtung des **Kommunalisierungsgrades** einschließlich ausgelagerter Einheiten aufgenommen werden könnte, um auch diese Größenordnungen zumindest anzusprechen. In der Berichterstattung des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs – Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften ist diese Größe Gegenstand der Berichterstattung (z.B. Kommunalbericht 2021, LT-Drucks. 20/6484 S. 50).

## **Finanzierungssalden**

Soweit hier darauf verwiesen wird, dass die Haushalte insgesamt mit einem leichten Überschuss abgeschlossen werden konnten, ist darauf hinzuweisen, dass – wie der Bericht in weiteren Ausführungen auch zutreffend darstellt – die statistische Größe des Finanzierungssaldos keine Aussagen über die Fähigkeit der Städte, Gemeinden und Landkreise zum Haushaltsausgleich i. S. v. § 92 Abs. 5 und 6 HGO zulässt. Bezüglich der zahlungswirksamen Größen, wie sie der kommunale Finanzhaushalt abbildet, ist insoweit im Glossar (S. 33) zutreffend ausgeführt, dass insbesondere die für den Haushaltsausgleich so bedeutsame Größe der Tilgung von Krediten in der Berechnung des Finanzierungssaldos nicht enthalten ist. Ein positiver Finanzierungssaldo in der Finanzstatistik ist also einfacher zu erreichen als ein im Rechtssinne ausgeglichener Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt.

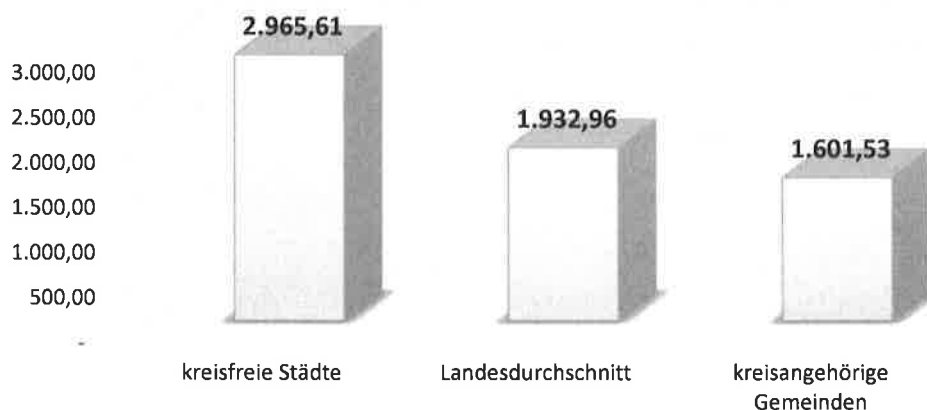
## **Investitionskredite**

Der im Gemeindefinanzbericht bezüglich der Investitionskredite konstatierte Anstieg des Bestandes an Investitionskrediten bei den kreisangehörigen Gemeinden ist haushaltswirtschaftlich insoweit kritischer für die betreffenden Kommunen als der Anstieg bei den kreisfreien Städten, als die für die Folgekosten der Kreditaufnahme zur Verfügung stehenden allgemeinen Deckungsmittel der kreisangehörigen Gemeinden von vornherein deutlich geringer sind mit der Folge, dass die Fähigkeit zum Haushaltsausgleich bei unseren Mitgliedern relativ stärker belastet wird.

Hervorzuheben ist zudem der zutreffende Hinweis im Gemeindefinanzbericht, dass die kreisfreien Städte neben den gemeindlichen Aufgaben auch kreisliche Aufgaben wahrnehmen und mithin im kreisangehörigen Bereich ein Vergleich eine Summenbildung aus der Betrachtung der Gemeinde- und der Kreisebene insgesamt gegenüber den einschlägigen Kreditbeständen der kreisfreien Städte erfolgen muss. Der Aufgabenbestand der kreisfreien Städte bildet dabei das Gesamt aus Gemeinde- und Kreisaufgaben.

Wir weisen insoweit nachdrücklich darauf hin, dass die Finanzausstattung der kreisfreien Städte aus eigenen Steuereinnahmen allderdings auch deutlich höhere Investitionen aus Eigenmitteln und die Tragung von Folgelasten von Kreditaufnahmen erlaubt.

Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden nach Gruppen je Ew. (Steuerhaushalt des Stat. Bundesamts 2021, eigene Berechnung und grafische Darstellung des HSGB)



### Entwicklung der Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich

Insoweit verweisen wir auf unsere Stellungnahme zum Entwurf des Landeshaushalts 2023/2024.

### Aufsichtliche Bewertung der Haushaltslage der Kommunen

Mit Blick auf die Abweichungen zwischen statistischer Darstellung und gesetzlichen Anforderungen an den Haushaltsausgleich der Kommunen begrüßen wir nachdrücklich, dass der Gemeindefinanzbericht auch Ausführungen zu ordentlichem Ergebnis, Rücklagenbeständen und Finanzrechnungen enthält.

### Weitere Berichtsinhalte

Die in § 74 HFAG angesprochenen **Handlungsempfehlungen** sind in dem Bericht nicht angesprochen. Wir regen an, zumindest bereits „gesetzte“ Themenstellungen der Beobachtungs- und Nachbesserungspflicht wenigstens als in Bearbeitung befindlich

aufzunehmen, insbesondere die vom Staatsgerichtshof bereits 2019 angesprochene Problematik des sog. Metropolzuschlags für die Stadt Frankfurt am Main.

Weiterhin sollte die Beobachtung ggfls. schrittweise auch erweitert werden auf **zentrale Ausgabenpositionen** der jeweiligen kommunalen Gruppen. Für die von uns vertretenen kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind dies die Ausgaben im Bereich der **Kinderbetreuung** und die Belastungen aus den **Umlagen an Landkreis, Bund und Land**, die ihrerseits maßgeblich von der Entwicklung von **Sozialausgaben** von Landkreisen, kreisfreien Städten und Landeswohlfahrtsverband beeinflusst werden.

Ein Gewinn an Anschaulichkeit ergibt sich auch, wenn in geeigneten Fällen auch die **Entwicklung von Pro-Kopf-Größen** dargestellt wird.

Mit freundlichen Grüßen

*hs*  
*David Rauber*

Dr. Rauber  
Geschäftsführer